

Herbsttagung am 23.11.2011 im Maximilianpark in Hamm „Stärkungspakt Stadtfinanzen NRW – ist das der kommunale Rettungsschirm?“

Im Festsaal des Maximilianparks in Hamm empfing der Vorsitzende des Fachverbandes der Kämmerer in NRW Manfred Abrahams, Stadtdirektor und Kämmerer der Landeshauptstadt Düsseldorf, mehr als 250 Mitglieder und Gäste zur Herbsttagung 2011 zum derzeit aktuellsten Thema der kommunalen Familie in NRW.

In seiner Einführung in das Tagungsthema „Stärkungspakt Stadtfinanzen NRW – ist das der kommunale Rettungsschirm?“ erinnerte der Vorsitzende an die einstimmige Verabschiedung der „Bergheimer Erklärung“ vom 25. Juni 2009 durch die nordrhein-westfälischen Kämmerer. Damals bestand die Befürchtung, dass die weltweit zu verzeichnende Finanz- und Wirtschaftskrise die Haushaltssituation der nordrhein-westfälischen Kommunen dauerhaft verschlechtern würde, trotz aller beschlossenen Maßnahmen des Deutschen Bundestages und des nordrhein-westfälischen Landtages zur Stabilisierung und Belebung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die aktuelle Steuerschätzung prognostizierte für die Kommunen in den alten Bundesländern 2008/2009 deutliche Ertragsrückgänge bei den Steuereinnahmen. Damals war die große Sorge, dass durch diese Entwicklungen die ohnehin defizitären kommunalen Haushalte langfristig strukturell unterfinanziert sein werden, was zu einem rapiden Verzehr des bilanziell vorhandenen Eigenkapitals bis hin zur bilanziellen Überschuldung in naher Zukunft führen könnte. Ein weiterer Aspekt war die Erwartung eines dramatischen Anstiegs der Kredite zur Liquiditätssicherung.

Damals wurde aus Sicht der nordrhein-westfälischen Kämmerer vorgeschlagen, für den kommunalen Aufgabenbestand den Gemeinden, Städten, Kreisen und Landschaftsverbänden durch Bund und Land eine angemessene Finanzausstattung zu garantieren. Außerdem wurde dafür plädiert, das Konnexitätsprinzip strikt einzuhalten, die Gewerbesteuerumlage abzusenken und eine Förderung nicht mehr nach geografischer Lage vorzusehen, was nach 20 Jahren Deutscher Einheit nicht mehr zu rechtfertigen ist. Weitere Punkte waren die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Eingliederungshilfen für Menschen mit Behinderung und die Honorierung der Bemühungen der Kommunen zur Konsolidierung und Sanierung ihrer Haushalte. Hierzu sollten die aufgelaufenen Altschulden in einem nationalen Fonds zusammengeführt und entsprechend der Leistungsfähigkeit der Kommunen zurückgeführt werden.

„Ich stelle anheim, selbst darüber nachzudenken, wie viel davon noch aktuell ist und wie viel möglicherweise dazu geführt hat, dass wir heute über den Stärkungspakt Stadtfinanzen NRW reden und ob das der kommunale Rettungsschirm ist“, so der Vorsitzende. Er dankte der Arbeitsgemeinschaft der drei kommunalen Spitzenverbände für die gemeinsame, qualitativ gute und fundierte Stellungnahme zum Gesetzesvorhaben, der sich der Fachverband der Kämmerer in NRW im Anhörungsverfahren angeschlossen hat.

Oberbürgermeister Thomas Hunsteger- Petermann betonte in seinem Grußwort, dass sich die Stadt Hamm trotz eines klaren Konsolidierungskurses in der vorläufigen Haushaltsführung befindet und am Stärkungspakt teilnimmt. Er findet es beachtlich, dass das Thema Kommunalfinanzen so hoch auf der Agenda steht, obwohl bei allen guten Ansätzen das Strukturproblem der „überbordenden Sozialausgaben“ damit kaum gelöst werden kann. Die Sozialleistungen liegen in Hamm bei über einem Drittel des Haushaltes von 650 Mio. Euro, deshalb sollte an diesem Punkt angesetzt und zwingend das Konnexitätsprinzip durchgesetzt werden. Über die kurzfristigen Hilfen und den Stärkungspakt hinaus müssen die Ursachen der Probleme angepackt werden. Es sei eine Illusion anzunehmen, dass ohne deutliche Entlastungen im Sozialbereich die Struktur der Kommunalfinanzen nachhaltig verbessert werden kann, so der Oberbürgermeister.

Ralf Jäger MdL, Minister für Inneres und Kommunales des Landes NRW, bezeichnet in seinem Vortrag „Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 und Stärkungspakt Stadtfinanzen“ das begonnene Gesetzesvorhaben als Grundstein und ersten Schritt zur Schaffung auskömmlicher Haushalte für möglichst viele Kommunen. Er geht auf die

besorgniserregende Situation der hohen Liquiditätskredite bei den NRW-Kommunen ein, die inzwischen über 21 Milliarden Euro liegen. Nahezu alle Kommunen in NRW sind nicht mehr in der Lage, schuldenfreie Haushalte vorzulegen. Die neue Landesregierung hat sich daher vorgenommen, durch präventive Politik und intelligentes Sparen dazu beizutragen, dass Kommunen auskömmliche Haushalte bekommen. Außerdem sollen die Kommunen über das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) mehr Geld bekommen, das vor allem gerechter verteilt werden soll. Ein dritter Baustein ist über den Stärkungspakt die Leistung einer direkten Konsolidierungshilfe an die Kommunen, die unter der größten Not zu leiden haben. Dabei bekräftigt Herr Jäger, dass die Probleme nur durch Land und Kommunen gemeinsam gelöst werden können. „Wir sitzen da gemeinsam in einem Boot mit einem Interesse; es darf keine einzige Kommune aus dem Boot fallen, sonst schaukelt es bedenklich“, so der Minister. Bei manchen Eigeninteressen muss der Blick für das ganze System erhalten bleiben. Mit Landesmitteln alleine ist es nicht zu schaffen, allen gleichermaßen zu helfen und zum Haushaltsausgleich zu kommen. Daher muss man sich mit beschränkten Mitteln auf eine bestimmte Anzahl von Kommunen in der ersten und zweiten Stufe konzentrieren und weiter gemeinsam darum kämpfen, dass es irgendwann einmal tatsächlich auskömmliche Kommunalfinanzen gibt.

Die Vorstellung des CDU-Konzeptes zum Stärkungspakt Stadtfinanzen übernahm Peter Biesenbach MdL, stellv. CDU- Fraktionsvorsitzender im Landtag NRW, wobei er besonders die unzureichende finanzielle Ausstattung des Stärkungspaktes kritisierte und erheblichen Nachbesserungs- und Änderungsbedarfe reklamierte. Auf das Positionspapier der Landtagsfraktion der CDU in NRW „KomPAsS II“ (Zins- und Entschuldungshilfe für Kommunen in NRW) und die Gegenüberstellung KompAsS II / Stärkungspaktgesetz, u.a. auf der Homepage des Fachverbandes abgebildet, wird hingewiesen.

Die Position der drei Kommunalen Spitzenverbände in NRW zum Stärkungspakt Stadtfinanzen stellte Dr. Stephan Articus vor, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages. Er ließ erkennen, dass angesichts der enormen kommunalen Finanz- und Haushaltsprobleme das gegenwärtig von der Landesregierung aufgelegte Hilfsprogramm keine nachhaltige Lösung für die Gesamtheit aller Kommunen gewährleisten wird. Er stellt nicht in Abrede, dass die Landesregierung schon deutliche und bemerkenswerte Schritte zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation unternommen hat. Mit der Aufstockung des Gemeindefinanzierungsgesetzes Ende 2010 um rund 300 Mio. Euro wurden schmerzhaft Kürzungen der Vergangenheit zugunsten der Finanzausstattung aller Kommunen zurückgenommen. Mit dem Stärkungspaktgesetz sollen nochmals 350 Mio. Euro bereitgestellt werden, die angesichts einer strukturellen Deckungslücke von rund 2,85 Mrd. Euro jährlich nicht ausreichend wird, um zu einer Konsolidierung der kommunalen Haushalte insgesamt zu kommen. Alle drei Verbände sprechen sich daher für eine deutliche Aufstockung der Hilfen aus.

Weiter betont Dr. Articus, dass sich die kommunale Not nicht allein auf diejenigen beschränkt, die schon überschuldet sind oder es innerhalb der mittelfristigen Finanzplanung sein werden. Mit der Planung einer zweiten Stufe von Hilfsmaßnahmen erkennt das Land diese Notwendigkeit grundsätzlich an. Jenseits berechtigter Fragen zur Praktikabilität dieser Ausweitung halten es die Kommunalen Spitzenverbände aber in jedem Fall für nicht akzeptabel, dass diese Ausweitung von den Kommunen selbst bezahlt werden soll. Mit der Einführung einer GFG-Befrachtung in Höhe von insgesamt 115 Mio. Euro und einer Abundanzumlage in Höhe von 195 Mio. Euro würden die Kommunen zu Ausfallbürgen für fehlende Finanzmittel des Bundes und des Landes. Bei der jetzt vorgesehenen Finanzierung der 2. Stufe müssten Kommunen, die selbst mit erheblichen Problemen zu kämpfen haben, bei ihrer Finanzausstattung Einschnitte hinnehmen, ohne selbst eine Konsolidierungsperspektive aufgezeigt zu bekommen.

Abschließend hält es Dr. Articus für unverzichtbar, dass der Stärkungspakt zeitnah evaluiert wird – und zwar auch hinsichtlich seines Zuschnitts, seiner Rahmenbedingungen und des Hilfsvolumens. Er forderte die Landesregierung auf, schon im jetzt laufenden

Gesetzgebungsverfahren die notwendigen Änderungen und die dringend notwendige Aufstockung der Hilfen vorzunehmen.

Bevor Oberbürgermeister Jörg Dehm, im Rahmen des Tagesordnungspunktes „Statements aus der kommunalen Praxis“ auf die Nothaushaltssituation der Stadt Hagen einging, hob er hervor, dass er es noch vor einem Jahr kaum für möglich gehalten habe, dass heute über konkrete Maßnahmen und Beträge zur Rettung der Kommunalfinanzen diskutiert werde, sogar mit unterschiedlichen Modellen seitens der Landesregierung und der Opposition. Richtig gut wäre es, so OB Dehm, wenn man am Ende einen breiten politischen Konsens erreichen könnte und tragfähige gemeinsame Modelle verabredet, die nicht bei jedem Regierungswechsel infrage gestellt werden.

Als zweiter Repräsentant der kommunalen Seite kam der Bürgermeister der Stadt Gevelsberg Claus Jacobi zu Wort, der als Vertreter der sogenannten „schweigenden Mehrheit“ der Gruppe angehört, die im Zusammenhang mit dem Stärkungspakt weder abundant ist noch zur 1. und 2. Stufe gehört. Die mittlere kreisangehörige Stadt Gevelsberg in unmittelbarer Nachbarschaft zur Stadt Hagen hat zwar erhebliche Strukturwandlungsprozesse durchmachen müssen und ist stark gewerblich und industriell geprägt, aber durch kleinere Strukturen ist es leichter gefallen, den Haushalt zu konsolidieren und auch strukturelle Probleme zu überwinden.

Im Folgenden gibt Herr Jacobi einen Praxisbericht zur finanziellen Situation in Gevelsberg und hält es wie sein Vorredner zusammenfassend für wichtig, dass gegenüber der Landesregierung eine Grundstimmung der Wertschätzung erhalten wird. Gegenüber der Landesregierung sollte die kommunale Familie deutlich machen, dass sie die Einleitung des beschriebenen Prozesses zu schätzen weiß. Positiv sei, dass beide Volksparteien im Lande NRW für sich erkannt haben, dass es nur mit der kommunalen Familie gemeinsam geht.